

Grundwissen Geschichte . 9. Jahrgangsstufe

9.1 Weimarer Republik – die erste deutsche Demokratie

1918	Novemberrevolution in Deutschland; 9. November: Abdankung des Kaisers und Ausrufung der Republik.
1923	Krisenjahr der Weimarer Republik, u. a. Hitlerputsch.
1929	Beginn der Weltwirtschaftskrise.
30. Januar 1933	Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler.
Weimarer Republik	Erste parlamentarische Demokratie in Deutschland zwischen 1918 und 1933.
Weimarer Reichsverfassung	Verfassung der ersten deutschen Republik von 1919; Kennzeichen u. a.: parlamentarische Demokratie, starke Stellung des Reichspräsidenten, erstmaliges Frauenwahlrecht.

9.2 Nationalsozialismus, Zweiter Weltkrieg und Holocaust

9. November 1938	Novemberpogrome: Vom NS-Regime organisierte und gesteuerte Gewaltmaßnahmen gegen jüdische Deutsche, in deren Verlauf es u. a. zu Morden und gewaltsamen Übergriffen kam, zahlreiche Synagogen und Geschäfte in jüdischem Besitz zerstört wurden und tausende Juden in Konzentrationslager verschleppt wurden.
1939–1945	Zweiter Weltkrieg.
20. Juli 1944	Attentat auf Hitler durch den militärischen Widerstandskreis um Graf von Stauffenberg.
8./9. Mai 1945	Bedingungslose Kapitulation Deutschlands
Nationalsozialismus	Extremistische Ideologie, die die Grundlage des national-sozialistischen Staates bildete. Kennzeichen dieser Ideologie sind u. a.: Rassismus, Antisemitismus sowie Nationalismus, das Führerprinzip, die gewaltsame Ausschaltung politischer Gegner und eine expansive Außenpolitik.
Antisemitismus	Allgemein Feindschaft und Hass gegenüber Juden, die u. a. in der Zeit des Nationalsozialismus rassistisch motiviert waren und pseudowissenschaftlich begründet wurden. Diese Form des Antisemitismus war ein zentraler Bestandteil der Ideologie des Nationalsozialismus: Nationalsozialisten teilten die Menschheit in minderwertige und höherwertige Rassen ein, wobei sie eine vermeintliche „jüdische Rasse“ als minderwertig, die „arische Rasse“ als höherwertig definierten. Ihre rassistischen Vor-stellungen verknüpften sie mit älteren Erscheinungsformen der Judenfeindschaft, die z. B. auf religiösen und sozialen Motiven beruhten. Der NS-Antisemitismus bildete eine wesentliche Grund-lage für die Ermordung der europäischen Juden durch die Nationalsozialisten.
„Volksgemeinschaft“	Nationalsozialistischer Propagandabegriff, welcher die Ge-schlossenheit eines durch eine angeblich gemeinsame Rasse definierten deutschen Volks behauptet. Andere Menschen („Volksfremde“) werden aus der „Volksgemeinschaft“ ausgeschlossen, diskriminiert und verfolgt. Die Bedürfnisse und Interessen Einzelner müssen sich denen der Gemeinschaft unterordnen.

„Ermächtigungsgesetz“	Bezeichnung für ein im März 1933 vom Reichstag verabschiedetes Gesetz, das die Gesetzgebungsvollmachten vom Reichstag auf die Regierung Hitler übertrug und damit die Gewaltenteilung beseitigte.
„Gleichschaltung“	Nationalsozialistische Durchdringung und Erfassung nahezu aller Bereiche von Staat und Gesellschaft, z. B. durch die Aufhebung der Länder sowie durch die Einrichtung zahlreicher nationalsozialistischer Organisationen bei gleichzeitigem Verbot aller freien Parteien, Verbände, Vereine und anderer Zusammenschlüsse sowie der Steuerung aller Medien. Ziel war die Errichtung eines totalitären Staates, der nicht nur das gesamte öffentliche, sondern auch wesentliche Teile des privaten Lebens kontrollierte.
„Nürnberger Gesetze“	Bezeichnung für die 1935 von den Nationalsozialisten erlassenen antisemitischen Rassegesetze. Sie bildeten die gesetzliche Grundlage für die systematische Ausgrenzung und Verfolgung der Juden. In ihnen waren u. a. der Verlust aller staatsbürgerlichen Rechte der Juden und das Verbot von Eheschließungen zwischen Juden und Nichtjuden enthalten.
Holocaust bzw. Shoa	Seit Ende der 1970er Jahre übliche Bezeichnung für die systematische Ermordung von ca. 6 Millionen europäischer Juden durch das nationalsozialistische Deutschland. Aufgrund seiner Herkunft vom griechischen Begriff holókaustos („vollständig verbrannt“) wird der Begriff Holocaust gelegentlich kritisiert, üblich ist daher auch der Begriff Shoa (auch Shoah geschrieben, hebräisch für „Katastrophe“).
Konzentrations- und Vernichtungslager	Konzentrationslager: Vom nationalsozialistischen Deutschland ab 1933 errichtete Lager zur Internierung, Ausbeutung und Tötung von Menschen, die aus rassistischen, politischen oder weltanschaulichen Motiven verfolgt wurden (u. a. Juden, Sinti und Roma, politische Gegner, Homosexuelle). Vernichtungslager: Während des Zweiten Weltkriegs von den Nationalsozialisten in den besetzten Gebieten Osteuropas errichtete Lager zur systematischen Ermordung insbesondere von Juden, aber auch von Sinti und Roma und anderen Bevölkerungsgruppen. Sie unterschieden sich von den Konzentrationslagern dadurch, dass sie gezielt und vorrangig der massenhaften Vernichtung von Menschen dienten.

9.3 Rechte des Menschen gestern und heute – Längsschnitt

1776	Amerikanische Unabhängigkeitserklärung: Mit der am 4. Juli 1776 verabschiedeten „Declaration of Independence“ erklärten die britischen Kolonien in Nordamerika ihre Loslösung von Großbritannien und beanspruchten das Recht zur Bildung eines eigenständigen Staatenbunds. Die Erklärung gilt als Geburtsstunde der Vereinigten Staaten von Amerika.
------	--

9.4 Deutschland und die Siegermächte 1945–1949

1946	Verfassung des Freistaats Bayern.
1949	Gründung der beiden deutschen Staaten Bundesrepublik Deutschland (BRD) und Deutsche Demokratische Republik (DDR).
Potsdamer Konferenz	1945 von den Siegermächten USA, Großbritannien und der Sowjetunion abgehaltene Nachkriegskonferenz, um ein gemeinsames Vorgehen im besetzten Deutschland zu vereinbaren. Zentrale Beschlüsse waren u. a. die Teilung Deutschlands in vier Besatzungszonen, die Setzung der Oder-Neiße-Linie als

	deutsche Ostgrenze sowie die Durchsetzung der „5 Ds“: Demokratisierung, Denazifizierung, Demilitarisierung, Dezentralisierung und Demontagen.
Flucht und Vertreibung	Gemeint ist sowohl die seit 1944 einsetzende Massenflucht der deutschen Bevölkerung vor der sowjetischen Armee als auch die von den Alliierten auf der Potsdamer Konferenz beschlossene Ausweisung und Zwangsumsiedlung der Deutschen aus den ehemals deutschen Siedlungsgebieten östlich der Oder-Neiße-Linie.
Entnazifizierung	Maßnahmen der Besatzungsmächte zur Beseitigung des Nationalsozialismus; Maßnahmen waren u. a. ein Verbot der NSDAP und ihrer Organisationen, die Strafverfolgung führender Kriegsverbrecher sowie massenhafte „Entnazifizierungsverfahren“ vor Spruchkammern.
Grundgesetz	Demokratische und menschenrechtsbasierte Verfassung der Bundesrepublik Deutschland aus dem Jahr 1949.

9.5 Weltpolitik im Kalten Krieg

1961/62	Kuba-Krise. Durch die Stationierung von Atomraketen auf Kuba ausgelöste Konfrontation zwischen den USA und der UdSSR, die beinahe zu einem militärischen Konflikt geführt hätte.
ab 1989/90 Umbruch im Ostblock	Revolution in vielen Staaten des Ostblocks (in Polen, Ungarn, der Tschechoslowakei, Rumänien und der DDR) weg von Sozialismus und Planwirtschaft hin zu Demokratie, Freiheit und Marktwirtschaft. Diese wurden durch die Reformpolitik Michail Gorbatschows in der UdSSR (vgl. Glasnost und Perestrojka) begünstigt und führten schließlich zur Auflösung des Ostblocks.
Adenauer	Konrad Adenauer war von 1949–1963 der erste Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland. Er setzte sich für die Westintegration der Bundesrepublik ein und gilt als ein Weg-bereiter der europäischen Einigung.
Westintegration	Politische, wirtschaftliche und militärische Einbindung der frühen Bundesrepublik Deutschland in die westliche Staatengemeinschaft in Abgrenzung zu den sozialistischen Staaten im Osten.
Deutsche Frage	Nach 1945 Bezeichnung für das Problem der Teilung Deutschlands; dabei vertrat die Bundesrepublik das Ziel, diese durch eine Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit zu überwinden. Dagegen strebte die DDR zunächst ein sozialistisches Gesamtdeutschland an. Als dieses nicht zu realisieren war, beharrte sie auf ihrer Eigenständigkeit.
Kalter Krieg	Bezeichnung für die politisch-militärische Konfrontation zwischen den Supermächten USA und UdSSR sowie ihren Bündnispartnern nach 1945, die durch ideologische und propagandistische Angriffe, Wettrüsten, wirtschaftliche Kampfmaßnahmen und Stellvertreterkriege (z. B. Koreakrieg 1950–1953, Vietnamkrieg 1955–1975), aber nicht durch eine direkte Konfrontation geprägt war.
NATO	„North Atlantic Treaty Organisation“. 1949 gegründetes westliches Militärbündnis unter Führung der USA zum Schutz vor einem Angriff (z. B. der Sowjetunion).
Entkolonialisierung	Seit Ende des Zweiten Weltkriegs stattfindende Loslösung und Befreiung der afrikanischen und asiatischen Staaten von der Kolonialherrschaft der Europäer unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker.